

Berlin, 22.04.2026

Offener Brief an die Bundesministerin zum GKV-Beitragssatz-Stabilisierungsgesetz

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Warken,

die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ e.V.) ist die wissenschaftliche Fachgesellschaft der gesamten Kinderheilkunde und Jugendmedizin in Deutschland mit über 20.000 Mitgliedern und vertritt die Pädiatrie gegenüber Fachkreisen, Politik und Öffentlichkeit. Wir sind der bestmöglichen gesundheitlichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen verpflichtet.

Wir erkennen die ernste Finanzierungssituation der GKV an und unterstützen das Ziel, die Beitragsstabilität zu sichern. Wir müssen jedoch mit Nachdruck darauf hinweisen, dass der vorliegende Entwurf in mehreren zentralen Punkten die Gesundheitsversorgung von Kindern, Jugendlichen und jungen Familien strukturell gefährdet.

Wir hatten es schon einmal. In der Corona-Pandemie wurde unsere warnende Stimme der Folgen der Isolation einer ganzen Generation nicht gehört. Wir wissen nun, unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet. Einen vergleichbaren Fehler dürfen wir und darf die Politik nicht zulassen!

Die Pädiatrie nimmt innerhalb der Krankenhauslandschaft eine strukturelle Sonderstellung ein. Sie ist durch vergleichsweise geringe Fallzahlen, hohe Personalintensität, hohe Vorhaltebedarfe und einen ausgeprägten Spezialisierungsgrad gekennzeichnet. Diese Merkmale führen dazu, dass Steuerungsinstrumente der Erwachsenenmedizin nur eingeschränkt übertragbar sind. Die Pädiatrie in Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten von einem strukturellen Abbau betroffen: Die Zahl pädiatrischer Standorte ist kontinuierlich zurückgegangen, so dass dort kaum weiterer Konzentrationsbedarf besteht. Vielmehr ist die Sicherung bestehender Strukturen zwingend erforderlich, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung aufrechtzuerhalten.

Die finanzielle Konsolidierung des GKV-Systems darf nicht auf dem Rücken dieser bereits geschwächten Versorgungslandschaft erfolgen.

Details unserer Kritik haben wir in einer [Stellungnahme](#) formuliert. Die Aufforderung zu einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf hat uns am 21.04.2026 über die AWMF erreicht, wobei die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme am 20.04.2026 endete. Eine Teilnahme der DGKJ an der entsprechenden Anhörung war offensichtlich nicht erwünscht.

Wir fragen kritisch: Warum will man die Stimme der wissenschaftlichen Kinder- und Jugendmedizin nicht hören? Warum schon wieder?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. med. Ursula Felderhoff-Müser
(Präsidentin)

PD Dr. med. Burkhard Rodeck
(Generalsekretär)

Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V. (DGKJ)

Geschäftsstelle: Chausseestr. 128/129, 10115 Berlin
politik@dgkj.de | www.dgkj.de